

Rede von Sylvia Bretschneider, Präsidentin des Landtages Mecklenburg-Vorpommern, zur Gedenkveranstaltung des Landtages anlässlich des 50. Jahrestages des 17. Juni 1953, Schwerin, 17. Juni 2003

Sehr geehrte Landtagsabgeordnete, meine sehr geehrten ehemaligen Parlamentspräsidenten Prachtl und Kuessner, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, meine Damen und Herren Minister, sehr geehrte Staatssekretäre und ehemalige Abgeordnete, werte Gäste!

„Vergangenheitsbewältigung verlangt nicht Bekennen von Schuld, nicht Verdrängen, aber Erinnern.“

Auch ich habe den 17. Juni 1953 nicht persönlich erlebt, da ich zu dieser Zeit - so wie viele der Anwesenden im Saal - noch nicht geboren war. Der 17. Juni 1953 ist aber ein so bedeutendes Datum in der deutschen Geschichte, dass es sowohl für die Zeitzeugen, aber auch besonders für die jüngeren Menschen wichtig ist, daran zu erinnern.

Heute vor 50 Jahren fand der erste Versuch einer revolutionären Änderung der Lebensverhältnisse in der damaligen DDR statt. Es war ein Aufstand der Bürgerinnen und Bürger. Etwa eine Million Menschen gingen auf die Straßen, demonstrierten oder legten die Arbeit nieder. Ausgehend von Demonstrationen der Arbeiterinnen und Arbeiter, die sich zuerst gegen die Erhöhung von Arbeitsnormen wandten, schlossen sich den Demonstranten immer mehr Menschen aus allen Bevölkerungskreisen an. Der 17. Juni 1953 wurde zum Tag des Volksaufstandes, aber auch zum Tag einer gescheiterten Revolution.

Beim 17. Juni handelt es sich um ein äußerst vielschichtiges Datum in der gemeinsamen deutschen Geschichte. Der 17. Juni bildete immer den Gegenstand kontroverser Diskussionen. Das galt natürlich vor allem in der Zeit der Teilung Deutschlands, denn in der offiziellen Betrachtung aus Sicht der DDR und der Bundesrepublik Deutschland wurden die Ereignisse des Jahres 1953 völlig unterschiedlich bewertet. Seitens der Partei- und Staatsführung der DDR war es die erfolgreiche Niederschlagung konterrevolutionärer Bestrebungen, bei dem die DDR durch einen konterrevolutionären Putsch dem US-amerikanischen Imperialismus ausgeliefert werden sollte - so die offizielle Sprachregelung. Auf der anderen Seite der deutsch-deutschen Grenze wurde der 17. Juni zum gesetzlichen Feiertag - dem Tag der Deutschen Einheit -, an dem der Freiheitswillen und der Wunsch zur deutschen Einigung gewaltsam unterdrückt wurde. Gleichwohl verbargen sich hinter dieser offiziellen Sprachregelung auf beiden Seiten viele Unsicherheiten, welche tatsächliche Bedeutung die Ereignisse im Frühsommer des Jahres 1953 hatten.

Die Ereignisse des 17. Juni muss man auch im europäischen Zusammenhang sehen. Damals befand sich - übrigens genau wie 1989 - das sowjetische Imperium in einer Krise. Der Tod Stalins führte zu internen Machtkämpfen im Kreml, zu einer Abwendung von Stalins Führungsstil im Ostblock als auch in der Außenpolitik. 1953 war nicht nur für die ehemalige DDR, sondern auch für die Tschechoslowakei und Ungarn ein Krisenjahr. Betrachtet man die Vorgeschichte des 17. Junis, muss man zwischen den tieferen Ursachen und den konkreten auslösenden Anlässen differenzieren. Die DDR befand sich derzeit in einer systembedingten Wirtschafts- und Finanzkrise, die Ernährung der Bevölkerung war nicht gesichert, die Menschen flohen zu Tausenden in die Bundesrepublik. Trotz Verkündung des so genannten „Neuen Kurses“ der SED am 17. Juni, der die Rücknahme zahlreicher stalinistischer

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
----------------------------------------------	-------------------------	-----------------------------------------------------------

Unterdrückungsmaßnahmen gegenüber dem Mittelstand beinhaltete, hielt Ulbricht an der zehnpromzentigen Normerhöhung vom 28. Mai 1953 starrsinnig fest. Den „Neuen Kurs“ bewerteten viele Menschen in der DDR als Eingeständnis von Fehlern seitens der Regierung und damit als Chance, mit Arbeitsniederlegungen, Streiks und Demonstrationen die Rücknahme der Normerhöhung durchzusetzen. Ausgangspunkte der Unruhen waren die Großbaustellen und Großbetriebe. Die Initialzündung erfolgte bereits am 16. Juni 1953 durch die Bauarbeiter in der Ostberliner Stalin-Allee. Arbeiter prägten das Geschehen auf den Straßen, unterstützt vor allem durch Angestellte und Ingenieure aus den Betrieben, der so genannten „technischen Intelligenz“.

Vielen Intellektuellen war die Tragweite des damaligen Aufstandes und seiner Niederschlagung nicht bewusst. Sie glaubten vielfach der staatlichen Propaganda. Dass sich die Arbeiterschaft gegen die angebliche Arbeiterregierung auflehnte, war FÜR SIE unvorstellbar. Sie suchten und fanden Erklärungsansätze, indem sie die Schuldigen bei reaktionären Kräften ausmachten. Als sie später die Tragweite der Aufstände am 17. Juni wirklich begriffen, waren sie enttäuscht von der DDR, die sie selbst nach den Erfahrungen der nationalsozialistischen Diktatur mit aufgebaut hatten. Der große Mann des politischen Avantgarde-Theaters, Erwin Piscator, erkannte schon damals: „Den Künstlern und Schriftstellern schwimmen die Ziele.“

Wie unsicher die Regierenden in der DDR nach dem 17. Juni 1953 bis zum November 1989 waren, konnte erst festgestellt werden, als die Archive geöffnet wurden. Es wurde deutlich: Die Staatsmacht fürchtete sich vor dem Freiheitswillen ihrer eigenen Bevölkerung. Auch heute noch sind die Ereignisse in der Zeit des 17. Juni nicht vollständig historisch aufgearbeitet. Gerade jetzt im Vorfeld des 50. Jahrestages sind sehr viele Abhandlungen, Berichte und Interviews erschienen, die oftmals mehr Fragen aufgeworfen haben als sie Antworten geben konnten. Wir sind heute, im 13. Jahr nach der Wiedervereinigung beider deutscher Staaten, noch dabei, das zusammenzuführen und auszuwerten, was sich aus den Archiven über die Ereignisse vor 50 Jahren findet, und vergleichen es mit den Schilderungen von Zeitzeugen. Das Bild, das sich uns zeigt; ist nicht einheitlich.

Als Auslöser des Aufstandes aber einzig nur die Fragen der Normerhöhung und der Versorgungskrise zu benennen, wäre sicherlich zu kurz gegriffen. In den Jahren 1952 und 1953 erfolgte eine Vielzahl von Umwälzungen in der damaligen DDR, die wohl alle ihren Anteil am Unmut der Menschen hatten. Die Strukturen der DDR, so wie wir sie bis ins Jahr 1989 kannten, sind im Wesentlichen in dieser Zeit gelegt worden, deshalb sind die Ursachen für den Volksaufstand am 17. Juni 1953 auch nicht sehr verschieden von den Gründen der friedlichen Revolution im Jahr 1989.

Es ist nicht nur eine Aufgabe für Historiker, die Geschehnisse des 17. Juni weiter aufzuarbeiten. Erst in den letzten Tagen habe ich Berichte verfolgt, in denen etwa die Frage, ob es sowjetische Soldaten gegeben hat, die dem Schießbefehl am 17. Juni nicht nachgekommen sind und deswegen hingerichtet wurden, anders beantwortet ist als bisher.

Ich möchte Ihr Augenmerk auf einige geschichtliche Hintergründe lenken, denn es ist wichtig, diese Zeit vor dem Hintergrund der damaligen Situation in beiden Teilen Deutschlands - vor allem aber in der DDR - zu betrachten.

Gerade für die Jüngeren unter uns - und ich weiß, dass sich auch Schülerinnen und Schüler unter den Gästen befinden - ist es wichtig, an die Ereignisse im historischen Kontext zu erinnern.

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
----------------------------------------------	-------------------------	-----------------------------------------------------------

Nach der Aufteilung Deutschlands in vier Besatzungszonen existierten nunmehr die Bundesrepublik, die DDR und das damals noch eigenständige Saarland, denen die vollständige internationale Anerkennung fehlte und die sich auch selbst nur als Provisorium bis zur Wiedervereinigung verstanden. Davon zeugt auch die Präambel des Grundgesetzes der Bundesrepublik. Dort hieß es bis 1990: „Es hat auch für jene Deutschen gehandelt, denen mitzuwirken versagt war. Das gesamte deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.“

Die Menschen in beiden Teilen Deutschlands konnten damals nicht ahnen, für welche lange Zeitdauer diese Teilung Bestand haben sollte. Ohne es an etwas Konkretes festmachen zu können, ging doch die große Mehrheit davon aus, dass Deutschland über kurz oder lang wieder vereint werden würde. Man fragte sich damals nur, wann und wie diese Vereinigung erfolgen könne.

Die deutsche Wiedervereinigung war Anfang der 50er Jahre in den Herzen und Köpfen der Menschen also noch fest verankert. Auch die Nationalhymnen beider deutscher Staaten wiesen in ihrem Text jeweils noch auf die Einheit Deutschlands hin. Selbst für die Alliierten war die Frage einer Wiedervereinigung Deutschlands offen. So gab es aus Ost und West Wiedervereinigungsangebote, die aber von der jeweils anderen Seite als unannehmbar oder als Scheinangebote betrachtet wurden.

Es war eine Zeit, in der sich die Trennung Deutschlands noch nicht so manifestiert hatte. Am besten greifbar ist dies vielleicht im Bereich des Sports gewesen, wo es noch gemeinsame deutsche Mannschaften bei den olympischen Spielen bis zum Jahr 1964 gab.

Gleichzeitig vollzog sich bereits eine Auseinanderentwicklung im wirtschaftlichen Bereich. Es gab unterschiedliche Währungen. Im Westen deutete sich ein Aufschwung an, die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln war gesichert. Im Osten herrschte eine Nahrungsmittelknappheit, Grundnahrungsmittel waren noch immer rationiert und zumeist nur gegen Vorlage einer Bezugsberechtigung erhältlich. Die Produktion erreichte nicht den gewünschten Umfang, sondern blieb hinter den Erwartungen zurück.

In dieser Grundstimmungslage erfolgte 1952 eine Vorgabe Stalins, den Sozialismus in der DDR voranzutreiben und sich gleichzeitig stärker von der Bundesrepublik zu lösen. Die BRD erhielt im Mai 1952 durch die Unterzeichnung des Deutschlandvertrages mit den drei westlichen Besatzungsmächten ihre eingeschränkte Souveränität. Diese West-Orientierung war auch in der alten Bundesrepublik nicht unumstritten. Viele betrachteten die Westintegration der Bundesrepublik als Aufgabe des Ziels der Wiedervereinigung. Moskau und die SED-Führung reagierten auf den Deutschland-Vertrag mit der Errichtung der Demarkationslinie zwischen der DDR und der BRD. Es wurde eine fünf Kilometer breite Sperrzone errichtet und die dort wohnenden Menschen wurden ausgesiedelt. Für DDR-Bürger wurden Interzonenpässe für Besuche im Westen erforderlich. Besucher aus der Bundesrepublik und Westberlin mussten bei Besuchen in der DDR eine Aufenthaltsgenehmigung und Sonderausweise beantragen.

Die Fluchtbewegung der DDR-Bevölkerung nahm im Frühjahr 1953 erheblich zu. Allein im März 1953 wurden fast 60.000 Flüchtlinge in der Bundesrepublik registriert. Seit 1950 waren nunmehr über 650.000 Menschen aus dem Gebiet der DDR in die Bundesrepublik gegangen. Störsender gegen westliche Rundfunkstationen wurden in Thüringen und Sachsen installiert, offiziell um „die imperialistische Infiltration“ der Bürgerinnen und Bürger der DDR zu verhindern. Tatsächlich ging es aber darum, Informationen aus dem Westen zu erschweren,

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
----------------------------------------------	-------------------------	-----------------------------------------------------------

denn offiziell wurden die Deutschen im Westen als unter dem Kapitalismus leidende, ausgebeutete Menschen geschildert, denen zudem der Gang in die massenhafte Arbeitslosigkeit bevorstünde. In Wirklichkeit begann in dieser Zeit der wirtschaftliche Aufschwung in der Bundesrepublik. Es herrschte nahezu Vollbeschäftigung und nur wenige Jahre später wurden sogar ausländische Arbeitskräfte angeworben, da ein Arbeitskräftemangel bestand. Die DDR hat sich in diesen Jahren vom Westen abgeschottet, dieser Prozess wurde fortgesetzt und fand dann am 13. August 1961 mit dem Mauerbau seinen vorläufigen Abschluss. Die deutsch-deutsche Grenze wurde zu einem nahezu unüberwindbaren Hindernis. Viele Menschen haben aber schon 1952/53 gespürt, dass Grundlagen geschaffen werden sollten, die beiden deutschen Staaten dauerhaft voneinander zu trennen. Sie haben nicht nur gemerkt, dass sich die DDR mit der unmittelbaren Anbindung an Moskau wirtschaftlich und weltanschaulich vom anderen Teil Deutschlands, der sich nach Westen orientierte, entfernte; sie haben auch feststellen müssen, dass Maßnahmen getroffen wurden, sich von den Menschen im anderen Teil Deutschlands zu trennen. Das wollten die Bürgerinnen und Bürger nicht hinnehmen.

Den Menschen ist auch nicht entgangen, dass die gesamte Staatsstruktur in der DDR verändert wurde und letztlich noch vorhandene Elemente einer freiheitlich demokratischen und föderalen Struktur beseitigt wurden.

Im Juli 1952 löste die SED die fünf Länder auf und unterteilte das Gebiet der DDR in 15 zentral gesteuerte Bezirke. Damit wurden alle föderalen Strukturen beseitigt. Strukturen, die historisch gewachsen waren. Die DDR wurde zu einem zentralistischen Einheitsstaat.

Das hatte Auswirkungen in die verschiedensten Bereiche des täglichen Lebens. So wurden der Berliner Rundfunk, der Deutschlandsender und der Mitteldeutsche Rundfunk mit den dazugehörigen Landessendern aufgelöst und ab sofort gab es nur noch drei Sender: Berlin I, II und III.

Auch das Verhältnis zu den christlichen Kirchen, die weiterhin funktionierende Ost-West-Strukturen aufwiesen, war in der DDR besonderen Belastungen ausgesetzt. So wurde den Kirchen dort etwa untersagt eine Erklärung zu verlesen, in der die Christen in Ost und West zur Mithilfe bei der Bewältigung der Flüchtlingsnot aufgerufen wurden. Die Junge Gemeinde und die Evangelische Studentengemeinde wurden als illegale Organisationen verboten. Pfarrer wurden wegen staatsfeindlicher Hetze verhaftet, Christen wurden von Schulen und Universitäten gewiesen.

Viele Bürgerinnen und Bürger der DDR waren verbittert und enttäuscht. Sie hatten nach der Befreiung vom Nationalsozialismus große Hoffnungen in den Aufbau eines neuen Deutschlands gesetzt. Sie wurden enttäuscht. Anstelle von Freiheit, Recht und Demokratie wurde die Herrschaft einer Partei gesetzt, die ihren Willen mit der Hilfe der Sowjetunion oftmals gegen den Willen der Bevölkerung durchsetzte. Viele Menschen waren von den zahlreichen Zwangsmaßnahmen betroffen, die mit der „Errichtung des Sozialismus“ verbunden waren. Enteignungen, Beschlagnahmungen und die willkürliche Entziehung von Hab und Gut waren an der Tagesordnung - alles dem Zweck der Kollektivierung dienend.

Im Bereich der Landwirtschaft hatte die DDR-Regierung im Juni 1952 eine zentrale Anweisung zur Gründung Landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften (kurz: LPG) herausgegeben. Dabei gab es erhebliche Widerstände, denn zum damaligen Zeitpunkt war die Landwirtschaft noch stärker durch über 800.000 selbstständige Bauern geprägt. Die Widerstände waren so massiv, dass das Zentralkomitee der SED beschloss, die

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
----------------------------------------------	-------------------------	-----------------------------------------------------------

Sicherheitsmaßnahmen in den neu gegründeten LPGs zu verstärken und unter anderem die LPG-Vorsitzenden sogar mit Pistolen auszurüsten.

Der Kollektivierungsdruck war ein Grund dafür, dass monatlich zwischen 2.000 und 3.000 Bauern die DDR verließen. Die entsprechenden landwirtschaftlichen Flächen lagen brach, da sie von den LPGs damals gar nicht bewirtschaftet werden konnten.

Bei uns in Mecklenburg-Vorpommern begann im Winter 1953 an der Ostseeküste die so genannte „Aktion Rose“. Private Hotel- und Pensionsbesitzer wurden mit konstruierten Beschuldigungen, wie etwa Steuerschulden, Lebensmittelhortung oder dem Vorwurf der Verfütterung von Speisekartoffeln an Schweine, enteignet. Insgesamt wurden 621 Immobilien beschlagnahmt, darüber hinaus auch zahlreiche persönliche Vermögenswerte wie Fahrzeuge, Boote, Schmuck und andere Wertsachen. Die neuen Rechtsträger wurden die Staatssicherheit, das Innenministerium und der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (kurz: FDGB). Die in Jahrzehnten gewachsene touristische Struktur an der Ostsee war zerstört. Innerhalb weniger Wochen hatten große Teile des Mittelstands an der Ostseeküste ihr Hab und Gut verloren, Arbeitsplätze fielen weg und es dauerte noch lange, bis der Feriendienst des FDGB so ausgebaut war, dass diese Auswirkungen kompensiert werden konnten. Es traf somit nicht nur die Hoteliers, sondern auch diejenigen, die hier ihren Urlaub verbringen wollten.

Dies waren die Rahmenbedingungen, in denen die damalige Staats- und Parteiführung der DDR die Vorgabe herausgab, die Arbeitsnormen bei gleichem Lohn um 10 % zu erhöhen. Da es zum Beispiel durch Materialengpässe oft gar nicht möglich war mehr zu produzieren, führte das dazu, dass die Arbeiter Lohneinbußen hinnehmen mussten. Das hat das Fass zum Überlaufen gebracht. Arbeiterinnen und Arbeiter legten ihre Arbeit nieder - die Forderungen nach Rücknahme der Erhöhung der Arbeitsnormen wurden zunächst von der Regierung ignoriert. Und sehr schnell ging es nicht mehr nur um die Arbeitsnormen - es ging um mehr: Die Menschen erkannten, dass die schlechte wirtschaftliche Lage in der falschen Politik der SED-Herrschaft begründet war. Deshalb forderten die Aufständischen in Berlin und vielen Orten der damaligen DDR an den Tagen um den 17. Juni nicht nur die Senkung der Normen und der Lebenshaltungskosten, sondern auch die Freilassung politischer Gefangener, den Rücktritt der Regierung, freie gesamtdeutsche Wahlen und die Abschaffung der Zonengrenzen.

Der 17. Juni 1953 ist ein historisches Datum, das für den Freiheitswillen der Bürgerinnen und Bürger steht, den Kampf für ihr Selbstbestimmungsrecht. Ausgehend von Arbeiterinnen und Arbeitern haben sich immer mehr Menschen angeschlossen, die ein System ablösen wollten, das nur scheinbar die Interessen der Werktätigen wahrnahm. Es waren die Werktätigen selbst, die den Proteststurm gegen die Regierung und Partei anführten - die deutlich machten, dass ihre Interessen und Ziele nicht mit denen der Machthabenden übereinstimmten. Der 50. Jahrestag des 17. Juni wird zu Recht zum Anlass genommen darüber nachzudenken, welche Verbindungen es zwischen diesem Datum und dem Herbst des Jahres 1989 gibt. Hieß es im Jahr 1989 „Wir sind das Volk“, so riefen die Menschen im Jahr 1953 „Nicht mehr Sklave sein - Freiheit und Einheit für die Deutschen“ und „Kollegen, reiht Euch ein, wir wollen freie Menschen sein.“

Beendet wurde der Volksaufstand damals durch das Eingreifen mehrerer hundert sowjetischer Panzer, tausender Soldaten der Roten Armee und vieler tausend Mitglieder der kasernierten Volkspolizei, die teilweise mit Waffengewalt gegen streikende und demonstrierende Deutsche, Bürgerinnen und Bürger der ehemaligen DDR, vorgegangen sind. Es gab Todesopfer - noch heute wissen wir nicht genau, wie viele Menschen durch das gewaltsame

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
----------------------------------------------	-------------------------	-----------------------------------------------------------

Vorgehen der bewaffneten Einheiten der Sowjetunion und der kasernierten Volkspolizei zu beklagen waren. Die offiziellen Angaben schwanken zwischen 19 und 260 Toten. Tausende von Menschen wurden verhaftet, es fanden über 8.500 Prozesse in der Folge des 17. Juni statt. Etliche wurden zum Tode verurteilt, viele Menschen verbüßten lange Haftstrafen oder wurden auf andere - nicht weniger drastische - Weise gemäßregelt und hatten keine Chance mehr, sich beruflich und persönlich zu entwickeln.

Wir gedenken der Opfer dieser gewaltsamen Niederwerfung des Volksaufstandes und würdigen diejenigen von ihnen, die heute - 50 Jahre danach - noch unter uns leben.

Vielleicht haben sich ihr Mut, ihre Tapferkeit und Entschlossenheit erst 36 Jahre später ausgezahlt, als zum zweiten Mal die Menschen in der DDR auf die Straße gingen und sich für Freiheit, Recht und die Wiedervereinigung Deutschlands einsetzten. Bereits im Jahr 1953 wäre es den Regierenden in der DDR nicht aus eigener Kraft gelungen, den Aufstand niederzuschlagen und den Wunsch der Menschen nach Freiheit zu ignorieren. Sie brauchten dazu die Hilfe sowjetischer Panzer. Ohne die Unterstützung aus Moskau hätte das DDR-Regime schon damals den Aufstand politisch nicht überleben können. Sowohl 1953 als auch 1989 waren die Machthaber vom Ausmaß der Proteste überrascht. Solche massiven Unruhen hatte die DDR-Führung nicht erwartet und konnte auch von daher nicht damit umgehen. Im Gegensatz zu 1953 haben Partei und Regierung es 1989 wegen der fehlenden sowjetischen Unterstützung nicht mehr gewagt, sich gegen das eigene Volk zu stellen. Es wäre aussichtslos gewesen. Das wussten auch die DDR-Regierenden. Bereits 1970 hat Leonid Breschnew gegenüber Erich Honecker geäußert: „Erich, vergiss das nie: Die DDR kann ohne uns, ohne die Sowjetunion, ihre Macht und ihre Stärke, nicht existieren. Ohne uns gibt es keine DDR.“

Wir sind heute stolz, nach einer friedlichen Revolution im Jahr 1989, ausgehend vom Osten Deutschlands Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit für alle Menschen in Deutschland und die Einheit unseres Vaterlandes erreicht zu haben. Wir zollen den Männern und Frauen des 17. Juni 1953, deren Aktionen damals gewaltsam niedergeschlagen wurden, Respekt und Anerkennung. Der 17. Juni ist eine Chance für uns Deutsche. Immer wieder heißt es, wir müssten 40 Jahre getrennte Geschichte aufarbeiten. Dabei wird aber verkannt, dass die Geschichte der beiden deutschen Staaten zwischen 1949 und 1989 nicht isoliert betrachtet werden kann; sie weist viel Gemeinsames auf und wird oftmals auch nur verständlich, wenn man sie im Wechselverhältnis der Veränderungen im jeweils anderen Teil Deutschlands begreift. Am Beispiel des 17. Juni hat bereits die gemeinsame Aufarbeitung der deutschen Geschichte begonnen. In den alten wie in den neuen Ländern wird die Geschichte des 17. Juni inzwischen differenzierter betrachtet.

So sagte beispielsweise der Bürgerrechtler Wolfgang Ullmann: „Der 17. Juni ist der Tag der deutschen Einheit. Er ist es, ob wir ihn feiern oder nicht, weil an diesem Tag in Berlin und anderswo offenbar geworden ist: Das Volk der DDR hatte nach nicht einmal vier Jahren der SED-Regierung das Vertrauen entzogen. Ihre Herrschaft unter dem Schutz sowjetischer Panzer fortzusetzen, das hieß, einer ganzen Bevölkerung das Selbstbestimmungsrecht abzuspochen.“

Es ist unzweifelhaft, dass der 17. Juni 1953 ein Meilenstein auf dem Weg zur deutschen Einheit war. Der 17. Juni ist aber mehr. Es ist einer der Tage in der deutschen Geschichte, auf den wir stolz sein können, weil Deutsche Zivilcourage gezeigt haben. Wie Egon Bahr, ehemals Minister für besondere Aufgaben unter Bundeskanzler Willy Brandt und seinerzeit maßgeblicher Mitarchitekt einer neuen Ostpolitik der Bundesrepublik, kürzlich in einem

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
----------------------------------------------	-------------------------	-----------------------------------------------------------

Interview sinngemäß ausführte, ist es ein Tag, bei dem wir darauf hoffen können, dass die Westdeutschen auch einmal stolz auf die Ostdeutschen sein werden.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

[Quelle: Landtag Mecklenburg-Vorpommern, Die Präsidentin, Sekretariat.]

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--------------------------------------------------	-------------------------	---------------------------------------------------------------